

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 41 (1947)  
**Heft:** 4

**Rubrik:** Schweizerische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Beispiel einen Posten von 15 Millionen Piastern für 30 000 annamitische Beamte und Angestellte, während für die 5000 französischen Beamten und Angestellten 40 Millionen Piaster ausgesetzt waren. 1943 gab die Kolonialregierung ganze 30 000 Piaster für Bibliotheken aus, 71 000 Piaster für Krankenhäuser und 748 000 Piaster für Schulen — aber rund 4½ Millionen Piaster für den Ankauf von Opium, das durch das amtliche Monopol im Land verteilt wurde. 40 Jahre nach der Eroberung des Landes durch Frankreich genossen erst 2 Prozent der Bevölkerung einen primitiven Elementarunterricht und ½ Prozent einen gewissen Sekundarschulunterricht. Gleichzeitig gab es 31 Spitäler, aber auch 81 Gefängnisse, außer den Konzentrationslagern. Die Annamiten, welche diese Segnungen nicht gebührend zu schätzen wußten, erfuhren die in solchen Fällen übliche Spezialbehandlung. Im Jahr 1930, über ein Jahrzehnt vor Lidice, schoßen beispielsweise fünf französische Bomber das Dorf Co-am in der Provinz Haiduong, zusammen, in das sich annamitische Aufständische geflüchtet hatten, und der Provinzstatthalter machte bekannt, «daß jedem Dorf, das sich in eine ähnliche Lage bringt, erbarmungslos das nämliche Schicksal bereitet wird».

Aber auch dieses Regiment ist schon gerichtet. Gottes Mühlen mahlen langsam, aber schrecklich fein — ein Trost für uns alle, die wir nicht allein den Sturz der weißen Kolonialherrschaft und des neuen wie des alten Imperialismus erwarten, sondern den Zusammenbruch aller Unterdrückungssysteme in der ganzen Welt.

15. April 1947.<sup>6)</sup>

Hugo Kramer.

## Schweizerische Rundschau

**Ordnung der Wirtschaft** Es ist merkwürdig: Alles profitiert bei uns von der ungeschwächten anhaltenden Nachkriegskonjunktur oder möchte doch davon profitieren; alles schwimmt im Geld, die öffentlichen Körperschaften mit ihren meist überraschend günstigen Jahresabschlüssen nicht weniger als eine ziemlich breite Schicht von Privatleuten und Großverdienern; Gewinne und Löhne steigen noch immer; der Lebensaufwand wird in weiten Kreisen zunehmend üppiger (vom heurigen Osterverkehr zum Beispiel erzählt man sich außerordentliche Dinge) — und doch scheint niemand dieses Segens so recht froh zu werden, scheint jedermann in Sorge darüber zu sein, was wohl hinter dem Segen laure. Von allen

<sup>6)</sup> Die Aktualität der Weltrundschau — und in geringerem Maße der Schweizerischen Rundschau — leidet diesmal in besonders empfindlicher Weise darunter, daß zwischen ihrer Niederschrift und dem Erscheinen des Heftes ein allzugroßer Abstand liegt. Das Manuskript ist rechtzeitig abgeliefert worden, aber ohne mein Verschulden fast eine Woche lang in der Druckerei liegen geblieben.

Seiten vernehmen wir Warnungen vor der «überbordenden Hochkonjunktur»; wir werden aufgefordert, dem «gegenseitigen unfruchtbaren Preis- und Lohnauftrieb» Einhalt zu gebieten und die drohende Inflation oder doch eine gefährliche Ueberhöhung des schweizerischen Preisniveaus gegenüber dem allmählich wieder als Konkurrent auftretenden Auslande zu verhindern — kurz, es verbreitet sich mehr und mehr eine Stimmung, deren Grundton ist: Lasset uns essen, trinken und verdienen, denn morgen kommt die Krise!

Als ob es Schicksal wäre, daß die Krise kommt! Ja gewiß, solange sich die Völker, um gut zu leben, dem Profit- und Mammonsgeist ausliefern, der ein Anarchist im schlimmsten Sinne des Wortes ist, müssen sie sich eben den «Gefetzten» dieses Geistes auch dann unterwerfen, wenn das Stockung, Mangel, Verlust, Zusammenbruch und Arbeitslosigkeit bedeutet. Aber muß der berühmte Erwerbs- und Beleicherungsgeist die Menschen und Völker regieren? Kann an Stelle des wirtschaftlichen Kampfes aller gegen alle nicht endlich, nach so vielen leidvollen Erfahrungen, eine Ordnung gegenseitiger Hilfe und planmäßiger Zusammenarbeit treten, die mit der gemeinsamen Nutzbarmachung der Güter und Kräfte der Erde jedem Einzelnen die Sicherung seiner materiellen Existenz und damit auch eine wichtige Hilfe für die Entfaltung seiner höheren, geistigen Natur böte?

Das Schicksal der Initiative für *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit*, über die nun am 18. Mai das (männliche) Volk zu entscheiden haben wird, wird zeigen, wie viele — oder wie wenige! — Menschen es in der Schweiz gibt, die auf diese Fragen die rechte Antwort zu erteilen wissen. Das von der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften eingereichte Volksbegehren verdient unsere Unterstützung umso mehr, als der Kampf dafür von einem Teil seiner Urheber bedenklich matt geführt wird und es schon allerhand brauchte, damit die Initiative, als es ernst galt, nicht überhaupt fallen gelassen wurde. Wie immer die Ausichten dieses Kampfes beurteilt werden mögen: der Einsatz, um den es geht, ist hoch genug, um all unsere Kräfte herauszulocken. Die «nächste Krise» ist so wenig ein Fatum, dem wir uns zu ergeben hätten, wie der «nächste Krieg», der uns als Folge weiterer Krisen prophezeit wird!

**«Die wichtigste Lehre»?** Wenn man die Verhandlungen der Frühjahrstagung

der Bundesversammlung etwas genauer verfolgt hat, so muß man allerdings schon sagen, daß da von einer wirklichen Auflehnung gegen eine «Ordnung», die uns alle sieben Jahre eine Wirtschaftskrise und alle 25 Jahre einen Weltkrieg beschert, nicht gerade viel zu spüren war. An Gelegenheit dazu hätte es wahrlich nicht gefehlt. Insbesondere die rückschauenden Berichte über die *Presse- und Buchzensur* sowie über die *militärischen Ver-*

*teidigungsmaßnahmen* boten sicherlich Anlaß genug, um mit einem Regime abzurechnen, das eine Unehre und eine Lebensgefahr für die Schweiz ist, und das sie vollends zu verderben droht, wenn wir es weiter dulden. Die Zensurdebatte förderte aber nicht viel mehr als ein paar nachträgliche kritische Randbemerkungen zutage, weil offenbar allerseits die fröhliche Zuversicht herrschte, der Bundesrat werde es «das nächstmal» schon besser machen und die das letztemal begangenen «bedauerlichen Fehler» vermeiden. Und am Ende der im ganzen höchst zahm geführten nationalrätslichen Ausprache über die Aktivdienstzeit — im Ständerat gab es nicht einmal das; man nahm von den vorliegenden Berichten einfach stillschweigend Kenntnis — durfte der Vorsteher des Militärdepartements, Bundesrat Kobelt, sogar sagen: «Die wichtigste Lehre, die wir aus zwei Weltkriegen ziehen können, ist die, daß unsere Neutralitätspolitik, die Einigkeit und die Wehrhaftigkeit des Schweizervolkes wesentliche Garantien dafür bieten, daß unserem Lande auch in Zukunft nicht nur die Unabhängigkeit, sondern auch der Frieden erhalten bleibt», ohne daß auch nur einer der 194 Volksboten empört aufgejuckt wäre und die *Wahrheit* über Neutralitätspolitik und militärische Landesverteidigung gefragt hätte. Karl Dellberg hatte im Laufe der Debatte immerhin deutlich festgestellt, «daß uns nicht unsere militärische Bereitschaft vor dem Kriege gerettet hat, sondern die Siege der Alliierten», und daß auch in einem neuen Weltkrieg weder Neutralität noch Militärrüstung uns zu retten vermöchte. Und der Bericht des Generals selber, der das Fehlen von Operationsplänen, die Kampfuntüchtigkeit der Fliegertruppe, die Unfähigkeit der meisten höheren Armeeführer und ähnliche schwere Mängel ziemlich ungeschminkt kritisiert hatte, sowie die ergänzenden Bemerkungen einiger seiner Mitarbeiter über den Stand unsrer Landesverteidigung um 1939 herum<sup>1)</sup> gaben ihm nur zu gute Gründe für seine Feststellungen in die Hand.

**Eine historische Kundgebung?** Womöglich noch bemühender war das Schauspiel, das der Nationalrat bei der Behandlung der Motion des neuenburgischen Sozialdemokraten Henri Perret zu Gunsten des Eintrittes der Schweiz in die Organisation der

<sup>1)</sup> Oberstkorpskommandant Huber z. B., der nachmalige Chef des Generalstabs, äußerte sich dahin, „daß es auf Grund dieser Verhältnisse, wie der General sie schildert, unter Umständen zu einer eigentlichen Katastrophe hätte kommen können, wenn wir in den ersten Jahren des Aktivdienstes in den Krieg verwickelt worden wären“. Genau das Gleiche hat ja schon General Wille für die erste Zeit des Krieges von 1914/1918 festgestellt. Wie stünden wir mit unserer Rüstung erst im Fall eines dritten Weltkrieges da, der mit Atom- und Raketenwaffen, Bakterien und dergleichen Teufeleien geführt würde!

*Vereinten Nationen* bot. Perret hatte im Text seiner Motion — wahrscheinlich mit voller Absicht — keinerlei Vorbehalt in bezug auf die Neutralität gemacht; er hatte einfach gefordert, daß die Schweiz «unter für ihre Sicherheit vorteilhaften Bedingungen» der UNO betrete und mit ihr zusammen «gemäß ihrer Satzung» (die bekanntlich die Neutralität nicht kennt) daran arbeite, künftige Kriege zu verhindern und eine sichere Friedensordnung aufzubauen. Wie zu erwarten war, rückte Bundesrat Petitpierre in seiner Antwort von vornherein die «immerwährende Neutralität» in den Mittelpunkt unserer Beziehungen zu den Vereinten Nationen und lehnte es namens des Gesamtbundesrates kategorisch ab, der Frage eines Anschlusses an die UNO näherzutreten, solange die schweizerische Neutralität nicht neuerdings in aller Form völkerrechtlich bestätigt sei, wobei er natürlich die internationale Bedeutung dieser Neutralität in den schönsten Farben malte und es sogar fertig brachte, die im Washingtoner Abkommen vom Mai 1946 so widerwillig versprochene Bezahlung von 250 Millionen Franken an die Alliierten aus dem deutschen Sündengold als «positiven Beitrag an den europäischen Wiederaufbau» hinzustellen ...

Nun, das alles ist schließlich, wie gesagt, nicht weiter verwunderlich. Verwunderlich war es nur, wie schnell und bereitwillig der Motionär und mit ihm der ganze Nationalrat auf das Verlangen des Bundesrats einstieg, durch eine entsprechende Ergänzung des Wortlautes der Motion eine Kundgebung des Willens der Volksvertretung zu veranstalten, daß die Schweiz den Vereinigten Nationen nur dann beitreten werde, wenn sie ihre Neutralität nicht aufzugeben brauche. Kein Hauch von Opposition gegen diese Zumutung; nicht einmal eine Diskussion; keine einzige Gegenstimme bei der Abstimmung — einhellig schloß sich der Nationalrat dieser «Demonstration des unbedingten Neutralitätswillens des Schweizervolkes» an, die natürlich der UNO gewaltig imponieren wird, und hochbefriedigt darf die «Neue Zürcher Zeitung» feststellen: «Damit sind wir glücklich für einmal aus einer Lage befreit, in der die Geisteshaltung des Volkes in einen Gegensatz zum Politischen Departement gedrängt war, das gegenüber dem angriffsbereiten mächtigen Nachbarn im Norden zur Haltung gezwungen war: „Wir müssen tun, als ob wir Freunde wären ...“» Die Anpassungsrede Etter-Pilet-Celio vom Juni 1940, die Zensurbefehle, die ganze unneutrale Politik des Bundesrates bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches — das alles war also gar nicht ernst gemeint, war nur Philosophie des Als-ob, war Sand in die Augen Hitlers ... und des Schweizervolkes? Und jetzt sind Volk und Bundesrat wieder glücklich ein Herz und eine Seele und wollen vergessen, was dahinten ist, freilich ohne sich zu strecken nach dem, das da vorne ist; nämlich die Vereinten Nationen? Welche Verlogen-

heit! Welches zynische Spiel mit dem guten Glauben des Volkes und auch mit dem Vertrauen des Auslands!

Die «historische Kundgebung» des Nationalrats ist wirklich eine arge Sache. Sie bleibt es auch dann, wenn man überzeugt ist, daß es sich dabei um eine von den Regisseuren des Stücks wohlvorbereitete Ueberrumpelung der Volksvertretung gehandelt hat, und daß bei Berücksichtigung das Bild des einmütig und integral neutralen Rates nicht mehr ganz so leuchtend gewesen wäre, wie es die Veranstalter des großen Ereignisses gewünscht hatten. Wir werden auf jeden Fall dafür sorgen müssen, daß der Eindruck der Gleichschaltung von Volk und Bundesrat in der Neutralitäts- und Militärfrage (denn beides gehört ja eng zusammen) unzweideutig beseitigt und eine wirkliche *Opposition* im Volke gegen die offizielle Isolierungs- und Kriegsrüstungspolitik geschaffen wird, diese Politik, die für die Schweiz allmählich zur Lebensgefahr geworden ist.

**Verschiedenes** Streifen wir zuletzt nur noch im Flug ein paar andere erwähnenswerte Vorkommnisse der Berichtszeit. Die Motion Oltramare über die Einführung einer *Zivildienstpflicht* ist nicht, wie der Vorsteher des Militärdepartements gewollt hatte, vom Nationalrat einfach zurückgewiesen worden, als tückischer Anschlag auf die Grundlagen der Landesverteidigung; sie wurde vielmehr in der Form eines Postulats mehrheitlich angenommen, was die Möglichkeit einer Neuprüfung der Frage wenigstens nicht ausschließt. Vielleicht wird man eine Lösung in der Richtung des Votums Picot suchen, so nämlich, daß man, um ja auch nur den Schein einer Durchbrechung des geheiligten Grundsatzes des allgemeinen Militärzwanges zu vermeiden, die Leistung von Zivildienst als Strafe für Verweigerer des Militärdienstes zuläßt, vorausgesetzt, daß der Verweigerer dieser Strafe auch würdig sei. — Die wachsende Gefahr einer *Militarisierung* der Schweiz wird durch die beiden Eingaben der Zentralstelle für Friedensarbeit gegen die neuen Luftschutzpläne und gegen die Inkraftsetzung der verfassungs- und gesetzwidrigen Verordnung über die «Förderung von Turnen und Sport» trefflich beleuchtet. — Der sich nun schon seit Wochen und Wochen hinschleppende *Prozeß Meyerhofer*, der besser Prozeß der Militärkorruption genannt würde, enthüllt einen solchen Sumpf von Willkürwirtschaft, Verdorbenheit und Beträgerei, daß es gänzlich vergebene Liebesmüh ist, diese Erscheinungen von dem Geiste des Militarismus — als Entartung des bloßen Militärwesens verstanden — trennen zu wollen, wie er sich mehr und mehr in unserem öffentlichen Leben breit macht. — Der Prozeß *Brentano — Gaffer* anderseits zeigte nicht nur die famose «Weltwoche», deren Anfänge eindeutig frontistisch und nazistisch waren, in einem peinlichen Licht; er gab auch, trotz

der höchst merkwürdigen formal-juristischen Rechtfertigung Brentanos, wieder einmal ein erbauliches Bild vom «Charakter» jener als Massentypus aufgetretenen Deutschen, die zwar keineswegs Vollblutnazi waren, aber doch als «gute Patrioten» die Sache Hitlers als nationale Angelegenheit empfanden und zu ihrer eigenen Sache machten, und die sich vor allem höchst persönlich das Geschäft mit dem möglichen Sieger nicht verderben lassen wollten, sich vielmehr den «Weg zurück» stets offenzuhalten trachteten. Herr Schmid-Blos, der gewesene Direktor des Zürcher Stadttheaters, und Wilhelm Furtwängler, der «große» Dirigent, gehören auch zu diesen Helden. —

Der Vollmachtenbeschuß des Bundesrats über das «*Daueraufnahmen für Flüchtlinge*» kann nicht befriedigen. Daß die Opfer des Nazischreckens, soweit man sie nicht überhaupt weiterjagte, in der Schweiz künftighin nur gnadenhalber *geduldet* werden sollen, während jeder deutsche Nationalist, der sich nicht absolut unmöglich gemacht hat, ein verbrieftes *Recht* auf Niederlassung und Berufstätigkeit hat, ist unerträglich und ruft dringend der Korrektur. — In Franz Schmidt, dem in der Blüte seiner Jahre dahingerafften Redaktor der «Volksstimme», meinem langjährigen Kollegen in St. Gallen, haben wir einen unserer Besten verloren. Sein Wollen war rein, seine Hingabe grenzenlos, sein Sozialismus von schöner Menschlichkeit und bester Radikalität erfüllt. Es ist ein Jammer, einen solchen Mann in den kommenden Kämpfen nicht mehr bei uns zu wissen. Sein Name und Werk aber bleibt gesegnet!

17. April 1947.

Hugo Kramer.

### Max Gerber zum 60. Geburtstag am 21. April

Wir können diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne unserm Freund zu danken. Nicht für das haben wir ihm an dieser Stelle zu danken, was er uns persönlich an Freundschaft und Treue, an geistigem Reichtum und Güte während vier Jahrzehnten gegeben hat, sondern für das, was er für die religiös-soziale Sache getan, wie er sie verkörpert hat.

Er ist früh zu ihr gestoßen, wohl vor gut vierzig Jahren, in seinen ersten Studiensemestern. Das mag an sich nicht als etwas Besonderes erscheinen, hat es doch sehr viele gegeben, die in ihren jungen Jahren einmal «eine soziale Phase» durchgemacht haben. Aber bei Max Gerber ist es nicht eine Entwicklungsphase gewesen, sondern es ist ein Lebenskampf daraus geworden. Und dieses Bei-der-Sache-bleiben stammte bei ihm warhaftig nicht aus einem frühen Sichfestlegen und Erstarren. Bei einem so urlebendigen und weiten Geist von Erstarrung zu reden würde von völliger Ahnungslosigkeit zeugen. Nein, der Grund dieses Dabeibleibens lag in einem großen sachlichen Ernst und